

## Protokoll 150. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. Dezember 2012, 14.15 Uhr bis 16.31 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Gerhard Bosshard (EVP), Christian Traber (CVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                            |   |    |
|----|----------------------------|---|----|
| 1. | Mitteilungen               |   |    |
| 2. | <a href="#">2010/160</a>   | Schulkommission für die Fachschule Viventa, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Lydia Corso (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014 |    |
| 3. | <a href="#">2012/450</a> * | Weisung vom 05.12.2012:<br>Polizeidepartement, Konzept «Sicherheit 2020»  | PV |
| 4. | <a href="#">2012/345</a>   | Weisung vom 19.09.2012:<br>Voranschlag (Budget) 2013  | FV |

\* Keine materielle Behandlung

### Mitteilungen

Der Ratspräsident Albert Leiser (FDP) gibt die Absetzung des folgenden Geschäfts von der heutigen Tagliste bekannt:

- TOP 2, GR-Nr. 2010/160, «Schulkommission für die Fachschule Viventa, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Lydia Corso (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014»

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**3397. 2012/469**  
**Erklärung der SP-Fraktion vom 12.12.2012:**  
**Spurabbau am Bellevue**

Namens der SP-Fraktion verliest Simone Brander (SP) folgende Fraktionserklärung:

Unverständlicher und politischer Entscheid des Regierungsrats:

Die Neugestaltung des Sechseläutenplatzes wurde am 23. September von der Zürcher Bevölkerung mit 60,7 % Ja-Stimmen deutlich befürwortet. Dies zeigt, dass sich die Zürcherinnen und Zürcher einen grosszügigen Platz am Bellevue wünschen. Der Spurabbau beim Bellevue war zwar nicht Teil der Vorlage – wurde aber im Abstimmungskampf von den Gegnern ausführlich thematisiert. Die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher haben dem Sechseläutenplatz im Wissen um den Spurabbau zugestimmt.

Dass die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich den Abbau von einer Abbiegespur nun abschlägig beurteilt, widerspricht dem klaren Volksentscheid. Der Spurabbau würde zu keinerlei Beeinträchtigung des Verkehrsflusses führen und wurde von der Volkswirtschaftsdirektion im Jahre 2009 als bewilligungsfähig betrachtet. Die mit dem Spurabbau frei werdende Fläche würde zum grössten Teil dem Sechseläutenplatz zugeschlagen. Der Sechseläutenplatz stellt als vielfältig nutzbaren Platz am See einen Gewinn für die Zürcher Bevölkerung dar. Das Bellevue ist heute ein gefährlicher Platz für Velofahrende – mit dem Spurabbau hätte hier eine Verbesserung gemacht werden können.

Dass der Regierungsrat nun – ohne Vorliegen von neuen Fakten und entgegen der Empfehlung seiner eigenen Verwaltung – den Spurabbau ablehnt, ist ein rein ideologischer Entscheid auf Kosten der Stadt Zürich. Einmal mehr will der Kanton die ihm politisch unangenehme Stadt verkehrspolitisch entmachten. Aus diesem Grund unterstützt die SP Fraktion den Gang ans Verwaltungsgericht. Dennoch hofft sie, dass der Regierungsrat wieder in eine konstruktivere und dialogbereitere Haltung zurückfindet.

**3398. 2012/470**  
**Erklärung der SVP-Fraktion vom 12.12.2012:**  
**Spurabbau am Bellevue**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Schluss mit rot/grünen Verkehrsideologien:

Die SVP nimmt mit grosser Genugtuung vom sachlich gut begründeten Entscheid des Zürcher Regierungsrats Kenntnis, den von Stadträtin Ruth Genner geplanten Spurabbau auf dem Utoquai entlang des Sechseläutenplatzes nicht zu bewilligen. Das hat mit einem politischen Entscheid nichts zu tun. Zu gross seien die negativen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss, argumentiert der Regierungsrat richtigerweise.

Die SVP hat diese einzig logische Argumentation, welche jetzt auch der Regierungsrat vollumfänglich teilt, von Anfang an in der Diskussion in Zusammenhang mit der Umgestaltung des Sechseläutenplatzes vertreten. An fundierten Beispielen wurde von den bürgerlichen Parteien in diesem Rat bereits in der gemeinderätlichen Kommissionsberatung aufgezeigt, welche fatalen Konsequenzen ein Spurabbau an besagter Stelle auf das Verkehrssystem in der weiteren Umgebung hätte. Tiefbauvorsteherin Ruth Genner hatte kein Gehör. Selbsterstellte Gutachten, Propagandavideofilme und ideologische Rechenbeispiele ihrer verschiedenen Ämter nützen nichts um solch realitätsfremde rot/grüne Ideen zu stützen. Stadträtin Genner, die Fussgängerin und Velofahrerin, muss lernen, verkehrstechnische Fakten für Autos zu akzeptieren.

Die SVP Gemeinderatsfraktion fordert die Vorsteherin des städtischen Tiefbaudepartements auf, bei Strassenbauprojekten in Zürich, welche Strassen von überregionaler Bedeutung tangieren oder gar betreffen, frühzeitig intensive Gespräche mit den Entscheidungsträgern kantonaler Behörden zu suchen. Liegen seitens des Kantons Bedenken oder gar Einwände vor, sind diese ohne Wenn und Aber zu akzeptieren und umzusetzen. Das Sagen über solche Strassen hat gemäss Strassengesetz der Regierungsrat des Kantons Zürich, nicht das Stadtzürcher Stimmvolk, nicht der Stadtrat von Zürich und schon gar nicht Tiefbauvorsteherin Ruth Genner - auch wenn ich sicher bin, dass sie das gerne hätte. Das sind die gesetzlichen Vorgaben und diese lassen sich auch nicht schönreden oder gar biegen. Es geht nicht an, dass die grüne Magistrate ihre ideologisch geprägten Planungsarbeiten jeweils aus Trotz weiter vorantreibt. Um weitere vorprogrammierte Niederlagen und teure Planungsleichen zu vermeiden, sind unter anderem die Planungsarbeiten „Rosengartenstrasse“ und „Urania-/ Sihlstrasse“ sofort zu stoppen. Bei beiden Projekten liegen bereits heute Einwände oder Bedenken seitens Kanton Zürich vor. Bei beiden Beispielen ist der Regierungsrat zustän-

dig für die Genehmigung.

Von Planungen und Projekten, welche die Beeinträchtigung des motorisierten Individualverkehrs zum Ziel haben, ist inskünftig generell abzusehen. Nur so kann vermieden werden, dass weitere Scherbenhaufen in der Stadt Zürich entstehen. Diese wären angesichts des jetzigen Entscheids der Kantonalen Regierung vorprogrammiert. Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik muss sein, den Verkehr zu verflüssigen. Im für die Volkswirtschaft entscheidenden Faktor Verkehr ist für ideologische Experimente und Störmanöver kein Platz.

### 3399. 2012/471

#### **Erklärung der FDP-Fraktion vom 12.12.2012: Spurabbau am Bellevue**

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Stadträtin Ruth Genner versagt in der Verkehrspolitik kläglich:

Am Ende des Jahres ist jeweils Zeit für Mitarbeiter- und Zielvereinbarungsgespräche reserviert.

Eine besondere Form der Leistungsbeurteilung gab es gestern für Stadträtin Ruth Genner, welche mit dem regierungsrätlichen Entscheid gegen den Spurabbau am Bellevue die Quittung für ihre ideologisch geprägte Verkehrspolitik erhalten hat. Es wird nun offenkundig, was der FDP längst klar war. Spurabbau und Platzgestaltung hätten unabhängig voneinander behandelt werden müssen. Frau Genner allerdings hat es geschafft auch aus diesem Dossier einen veritablen Fettnapf auszugestalten, in welchen sie nun gestern selber hineingetreten ist.

Auch mit dem Dossier der Motion Sarbach/Knauss über den Abbau privater Parkplätze scheiterte Stadträtin Genner jüngst vor dem Kanton kläglich. Die vom Departement Genner zur Vorprüfung vorgelegte Verordnung, so teilte das Amt für Raumplanung dem Zürcher Stadtrat mit, sei nicht genehmigungsfähig.

Der Regierungsrat sendet damit in kurzer Zeit mehr als deutliche Zeichen an den Stadtrat von Zürich. Die verkehrspolitische Be- und Verhinderungspolitik ist gesamthaft zu überprüfen. Eine Weiterführung der ideologisch geführten, aber nicht mit übergeordnetem Recht zu vereinbarenden Verkehrspolitik Genner wird zwangsläufig zur Bevormundung durch den Kanton Zürich in Verkehrsfragen führen. Die Verantwortung hierfür sowie für das permanente Misstrauen aller Parteien gegenüber ihrer Politik hat Stadträtin Genner jedoch selber zu tragen.

In einem Mitarbeiter- und Zielvereinbarungsgespräch würde dies zurecht mit einer ungenügenden Qualifikationsnote gewertet.

Die FDP erwartet von Stadträtin Ruth Genner als Magistratsperson und Mitglied der Institution Stadtrat der Stadt Zürich eine neue und politisch über alle Parteien tragbare Disposition in verkehrspolitischen Fragen. Es kann nicht angehen, dass weiterhin munter vom einen Fettnapf zum andern gesprungen wird, nur um der eigenen Ideologie gerecht zu werden. Von Magistratspersonen erwartet die FDP, aber auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zürich, Lösungen für Problemstellungen, welche konsensfähig sind. Vollends absurd wäre es – dies sei auch im Hinblick auf die bevorstehende Budgetdebatte gesagt – wenn der Stadtrat nun auch noch Zeit und (Steuer-)Geld verschwenden würde, um den regierungsrätlichen Entscheid gerichtlich anzufechten. Die Zürcher Bevölkerung erwartet zu Recht, dass nun am Sechseläutenplatz gebaut wird und nicht am Verwaltungsgericht prozessiert.

### 3400. 2012/472

#### **Erklärung der Grüne-Fraktion vom 12.12.2012: Spurabbau am Bellevue**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Aus dem Untertanengebiet:

Die gnädigen Damen und Herren vom Walcheturm haben entschieden, das tumbe Volk darf gnädig den Entscheid annehmen. Hätten Sie sich das so gedacht?

Wir halten fest: Das kantonale Amt für Verkehr hat am 11. Dezember 2009 bestätigt, dass die offenen Fragen zur Leistungsfähigkeit Spurabbau Utoquai Richtung Schoeckstrasse geklärt werden konnten. Die Erlaubnis zur Projektfestsetzung wurde erteilt.

Auch in seiner Antwort auf eine Anfrage aus dem Kantonsrat vom 6. Juni 2012 hat der Regierungsrat selber keinerlei Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems mit einer Spur weniger geäussert, ja der

Regierungsrat bestätigte sogar, dass „das auf Verlangen des Kantons erstellte Leistungsgutachten betreffend Spurabbau im Utoquai Fahrtrichtung Schoeckstrasse erbrachte die verlangten Nachweise.“

Heute ist alles anders. In Sichtweite des drittgrössten Bahnhofs der Schweiz und direkt neben der Oper will der Regierungsrat weiter an seiner Strassenorgie festhalten. Das Autobahnkreuz sozusagen als höchste zivilisatorische Leistung, zu dem dieses Land fähig ist. Während landauf, landab der Kanton Zürich mit der Sanierung von Ortsdurchfahrten die Lebensqualität erhöhen will, soll das Utoquai in Zürich das Drive-In und Drive-Through der Goldküste bleiben. Wie erbärmlich.

Erbärmlich aber auch die bürgerlichen Parteien FDP und SVP, die zwar beinahe jede verkehrspolitische Abstimmung verlieren (Sechseläutenplatz, Helvetiaplatz, Vulkanplatz, Hardaupark, Städteinitiative) nun aber unter den Rockzipfel eines fremden Vogtes schlüpfen, um endlich wieder einmal in den matten Glanz eines Sieges zu kommen.

Nun können Sie zwar durchaus mit Augustinus argumentieren: „Roma locuta, causa finita.“ Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt. Meine Damen und Herren, hier irren sie sich aber gewaltig, denn wenn „Walche locuta, causa non finita.“ Auch wenn die Walche gesprochen hat, ist die Sache noch lange nicht erledigt. Auch Untertanengebiete sollten sich nicht alles gefallen lassen und deshalb fordern wir den Stadtrat dringend auf, den Entscheid des Regierungsrates durch eine unabhängige Instanz gerichtlich überprüfen zu lassen.

### 3401. 2012/473

#### **Erklärung der GLP-Fraktion vom 12.12.2012: Spurabbau am Bellevue**

Namens der GLP-Fraktion verliest Guido Trevisan (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Regierungsrat unterbindet Spurabbau am Bellevue: Grünliberale nehmen Entscheid enttäuscht zur Kenntnis:

Obwohl von der SVP und der FDP während des gesamten Abstimmungskampfes anders suggeriert und von der SP und den Grünen nach dem gestern kommunizierten Entscheid des Regierungsrats als übergangener Volksentscheid kolportiert, war der mögliche Spurabbau am Bellevue nie Bestandteil der Abstimmung vom 23. September.

Die Grünliberalen haben vor, während und nach der Abstimmung zur „Neugestaltung des Sechseläuten-/Theaterplatzes“ stets kommuniziert, dass der Entscheid über einen möglichen Spurabbau am Bellevue einzig und alleine vom Regierungsrat gefällt wird und nichts mit der Abstimmung vom 23. September zu tun hat.

Der Regierungsrat hat sich nun gegen den Spurabbau am Bellevue entschieden. Die Grünliberalen nehmen diesen politischen Entscheid enttäuscht zur Kenntnis.

### 3402. 2012/474

#### **Erklärung der CVP-Fraktion vom 12.12.2012: Spurabbau am Bellevue**

Namens der CVP-Fraktion verliest Markus Hungerbühler (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Pleiten, Pech und Pannen – Qualität des neuen Sechseläutenplatzes bleibt erhalten:

Die CVP nimmt den gestern vom Regierungsrat veröffentlichten Entscheid zum geplanten Spurabbau am Utoquai zur Kenntnis.

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Sechseläutenplatzes, welchem das Volk im September dieses Jahres deutlich zugestimmt hat, führte der Gemeinderat im Frühjahr 2012 eine unendlich lange Debatte über die Frage des Spurabbaus am Utoquai. Diese Frage wurde unseres Erachtens ohne Not mit der Weisung zur Neugestaltung des Sechseläutenplatzes verknüpft. Die CVP-Fraktion hat sich stets – in der Beratung wie auch danach – klar dafür ausgesprochen, diese zwei Dinge – Neugestaltung des Platzes und Spurabbau – strikt zu trennen. Daher unterstützten wir in der Debatte einen entsprechenden Antrag auf Abkoppelung dieser Frage, unterlagen aber damit in diesem Rat.

Das gesamte Geschäft ist keine Glanzleistung der federführenden Stadträtin Ruth Genner und des Gesamtdrates. Obwohl angesichts diverser Anzeichen zu erahnen war, dass der Spurabbau am Bellevue hohen politischen Zündstoff beinhaltete, hielten die zuständige Stadträtin und die Ratslinke inklusive GLP unbeirrt daran fest. Hinzu kamen ungeschickte bzw. missverständliche Aussagen bei der Behandlung der

Weisung und in der Kommunikation durch Stadträtin Ruth Genner. Dies alles zog sich wie ein roter Faden durch die Angelegenheit. Oder deutlicher formuliert: Das gesamte Geschäft ist eine Abfolge von Pleiten, Pech und Pannen.

Seit gestern steht der Entscheid des Regierungsrates fest, und er ist eindeutig. Wie die zuständige Städtin in diesem Zusammenhang als Reaktion in den Medien zur Aussage kommt, sie sei „enttäuscht und überrascht über den Entscheid des Regierungsrats“, ist uns schleierhaft. Stadträtin Ruth Genner zeigt mit dieser Aussage deutlich, dass sie den Regierungsrat als rein formale Entscheidungsinstanz betrachtete, nachdem das Departement den Spurbau für bewilligungsfähig erklärte. Dies zeigte sie bereits in der Beratung der Weisung durch ihre Aussage, der Spurbau sei vom Kanton bewilligt. Dem war bekanntlich nicht so.

Die CVP-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat den Entscheid des Regierungsrates respektiert und nun nicht in ein juristisches Hickhack verfällt – insbesondere auch im Hinblick auf weitere wichtige Verkehrsprojekte in der Stadt Zürich. Auf die Neugestaltung des Sechseläutenplatzes sollte dieser Entscheid denn auch keinen wesentlichen Einfluss haben. Dies hat Stadträtin Ruth Genner mindestens im Abstimmungskampf mehrfach betont. Wir hoffen, dass damit dieses unendliche Kapitel endlich abgeschlossen wird und freuen uns auf einen wunderschönen neugestalteten, nun marginal verkleinerten, Sechseläutenplatz.

## G e s c h ä f t e

### 3403. 2012/450

**Weisung vom 05.12.2012:  
Polizeidepartement, Konzept «Sicherheit 2020»**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 10. Dezember 2012

### 3404. 2012/345

**Weisung vom 19.09.2012:  
Voranschlag (Budget) 2013**

Beratungsgrundlagen:

- Zahlenteil (Entwurf des Stadtrats) vom 19.09.2012
- Produktgruppen-Globalbudgets (Entwurf des Stadtrats) vom 19.09.2012
- Novemberbrief vom 07.11.2012
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 03.12.2012
- Anträge der RPK vom 03.12.2012, einschliesslich Anträge von Ratsmitgliedern (Nachversand vom 06.12.2012) und Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Namens der RPK nimmt der Präsident Roger Liebi (SVP) Stellung.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3405 – 3411)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 3405. 2012/475

#### **Erklärung der SP-Fraktion vom 12.12.2012: Voranschlag (Budget) 2013**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2013: Den bestehenden Gestaltungsspielraum in den Bereichen Soziales und Ökologie nutzen:

Das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2013 für die Stadt Zürich prognostiziert ein Minus von 84 Millionen Franken. Dieses negative Ergebnis ist nicht zuletzt auf sinkende Steuererträge zurückzuführen. Das Eigenkapital bleibt mit 631 Millionen Franken hoch und wird es unserer Stadt erlauben, auch weiterhin magere Jahre durchzustehen. Im Vergleich zum Voranschlag 2012 gehen Personal- wie auch Sachaufwand leicht zurück.

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf über eine Milliarde Franken und bleiben somit hoch. Da sich das wirtschaftliche Umfeld weiterhin unsicher präsentiert, ist eine antizyklische Investitionspolitik wichtig. Diese verschafft Gewerbe und KMU Aufträge und kurbelt damit die Wirtschaft an. Und nicht zuletzt wächst die Stadt Zürich weiter: Viele Leute – darunter auch zahlreiche Familien – wollen in der Stadt wohnen. Hohe Investitionen sind nötig, um zu verhindern, dass die Stadt in einen unerfreulichen und langfristig kostspieligen Rückstand gerät.

Die negative Prognose des Voranschlags zeigt, dass Zürich auf der Einnahmenseite ein Problem hat: Die Steuererträge gehen um 61 Millionen zurück. Weiterhin im Steigen begriffen sind die Erträge aus der Grundstückgewinnsteuer sowie die Einnahmen aus der Quellensteuer; beide können jedoch die Ausfälle nicht kompensieren. Im Vergleich zum Budget 2012 wird die Stadt nächstes Jahr sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen weniger einnehmen. Verantwortlich dafür sind die Steuererleichterungen auf kantonaler Ebene, die sinkenden Gewinne von KMU und Industrie aufgrund des harten Frankens sowie die fortgesetzten Steuerausfälle der Grossbanken. Über letztere wundern wir uns angesichts der ausbezahlten Boni doch ziemlich. Die SP fordert, dass Verlustvorträge nicht mehr geltend gemacht werden dürfen, sobald wieder Boni ausbezahlt werden.

Der Stellenzuwachs findet nicht zufällig vor allem im Schul- und Sportdepartement statt. Er ist in den meisten Fällen auf politische Entscheide zurückzuführen, beispielsweise beim Ausbau der Hortbetreuung, sowie auf das Bevölkerungswachstum. Ärgerlich ist, dass die Stadt aufgrund des BVK-Debakels fast fünf Millionen an zusätzlichen Beiträgen für die (bei der kantonalen Pensionskasse versicherten) Lehrpersonen aufwenden muss. Die Sozialhilfezahlen bleiben in etwa konstant, während aufgrund der neuen Regelung der Pflegefinanzierung die Zusatzleistungen zu AHV und IV weiter zunehmen.

Die SP will in der Budgetdebatte zeigen, dass durchaus Gestaltungsspielraum besteht. Entsprechend setzen wir Schwerpunkte in den Bereichen Soziales und Ökologie: So soll die gesamte Stadtverwaltung ihren Strombezug zu 100% mit umweltfreundlichem "naturemade.star"-Strom decken. Die Schuldenprävention an den Schulen soll ausgebaut werden, um Folgekosten und soziales Elend zu vermeiden. Auch ein Antrag, der die Erhöhung der Anzahl subventionierter Krippenplätze fordert, findet unsere Unterstützung. Weiter begrüssen wir es, dass die Gelder für die Entwicklungshilfe auf dem Stand von 3,5 Millionen Franken bleiben sollen.

Die weit reichenden Streichungsanträge der SVP in allen Departementen lehnen wir entschieden ab: Mit linearen Kürzungen will die Partei die Verwaltung schwächen, würde damit aber in erster Linie erreichen, dass Leistungen für die breite Bevölkerung gekürzt werden. Zu besonders krassen – und häufig im Widerspruch zu Volksentscheiden stehenden – Anträgen werden wir in der Debatte das Wort ergreifen. Besonders ärgerlich sind die Kürzungsanträge im Gesundheits- und Umweltdepartement: Den selbsternannten Sparaposteln reicht es offenbar nicht, dass die städtischen Angebote für die Bevölkerung – wozu auch die beiden Stadtspitäler gehören – vom Kanton ohne Not unter massiven Druck gesetzt werden. Nein, mit Bettenstreichungen und Saldokürzungen in den Spitälern Waid und Triemli soll die Stadtbevölkerung – nota bene in einem besonders empfindlichen Bereich – zusätzlich Einbussen in Kauf nehmen müssen. Dazu sagt die SP Nein. Umgekehrt sind wir auch dieses Jahr bereit, sinnvolle Kürzungsanträge zu unterstützen. Damit tragen wir dazu bei, dass sich das prognostizierte Defizit in etwa halbiert. Nur so ist es möglich, knappe Ressourcen gezielt in die wichtigsten Handlungsfelder zu lenken – für ein soziales und ökologisches Zürich mit einer funktionierenden Wirtschaft.

**3406. 2012/476**  
**Erklärung der SVP-Fraktion vom 12.12.2012:**  
**Voranschlag (Budget) 2013**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Rote, Grüne, Nette und Meinungslabile rennen im Gleichschritt mit dem gebrochenen Krug zum Wasser: Im Rahmen der Behandlung der Zusatzkredite I/2012 titelte die SVP: „Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht“.

Nun, als Noch-Finanzvorstand Vollenwyder Ende September 2012 das Budget 2013 und den Aufgaben- und Finanzplan 2013 - 2016 vorstellte, wurde es allen klar: Der Krug bricht!

Selbst linke Politiker merken, dass das Ende der grosszügigen Umverteilungs- und Wunschkonzertpolitik naht. So sprach die Vizepräsidentin der Grünen der Stadt Zürich, Gemeinderätin Rykart, kurz nach der Budgetpräsentation, im sozialistischen Hofblatt P.S. davon, dass die Stadt Zürich vor finanziell schwierigen Zeiten stehe.

Wer allerdings erwartet hat, dass dies zu mutigen und v.a. zu den notwendigen Taten führen würde, der wird mit dem Budget 2013 kräftig enttäuscht.

Selbst mit gebrochenem Krug wird Wasser geschöpft. Das kann nicht gut gehen - Erfahrungsbeispiele zu welchem Schaden solches unverantwortliches Handeln langfristig zu Lasten des Mittelstandes führt, werden uns von den EU Funktionären in ganz Europa täglich vor Augen geführt.

Nicht nur, dass uns der rot-grüne Stadtrat ein tiefrotes Defizitbudget vorlegt, nein er zeigt sich sogar unbeeindruckt von dem voraussichtlich für 2012 resultierenden Verlust von rund 60 Millionen Franken.

In völlig übersteigertem Selbstbewusstsein setzt er seinen ideologisch motivierten Umbau der Stadt Zürich fort:

Die einen offensiv mit weiterhin explodierenden Kosten im Tiefbauamt unter Hafenkranführerin Genner, die anderen defensiv unter dem bedauernswerten Vasallen der Linken, Gerold Lauber, der brav nachvollzieht, was ihm Teile des Volksschulgesetzes vorgeben, gleichwohl vorhandenen Spielraum aber unter allen Umständen nicht ausnutzen darf. Das Schul- und Betreuungswesen, in dem mehr und mehr Schüler und Kinder zum Spielball von Selbstverwirklichern werden, läuft finanziell aus dem Ruder.

Der AFP 2013-2016 geht davon aus, dass der Personalaufwand bis 2016 auf sage und schreibe 2.9 Mrd. Franken steigen wird, 450 Mio. Franken mehr als noch 2011. Die Steuereinnahmen verstetigen sich bis 2016 auf 2.55 Mrd. Franken. Dass sich die Stadt Zürich seit 2002 unter linker Führung, mit oder trotz Martin Vollenwyder, zu einem wahren Verwaltungsmoloch entwickelt hat, zeigt der Vergleich der Steuern juristische und natürliche Personen zu 100% (also steuerfussbereinigt). 2002 bis 2016 steigen die entsprechenden Steuern um 17.1%, während dem im gleichen Zeitraum allein der Personalaufwand um 56.8% oder 4% pro Jahr regelrecht explodiert. Die Teuerung 2002 - 2016 dürfte im Jahresdurchschnitt knapp 1% betragen. Zürich lebt in sozialistischer Manier über seine Verhältnisse.

Die Stadt Zürich ist weiterhin vom Finanzplatz abhängig. Es ist der linken Stadtregierung in den letzten 10 Jahren trotz ausgezeichneten Rahmenbedingungen nicht gelungen, eine markante Änderung des Branchenmix, mit operativ aus Zürich heraus tätigen Firmen, hinzubringen. Andere Schweizer Städte laufen uns diesbezüglich mehr und mehr den Rang ab.

Am Besorgniserregendsten ist aber die Schuldenentwicklung. Wer in hellenischer Manier Klientelpolitik über Stellenschaffungen betreibt und zusätzlich über Jahre mit völlig ungenügendem Selbstfinanzierungsgrad den ideologisch motivierten Umbau der Stadt erzwingt, der muss sich nicht wundern, dass die Schulden bis 2016 auf 11.5 Milliarden Franken - 29'000 Franken pro Einwohner - anwachsen. Daran wird auch HRM2 nichts ändern.

Personenfreizügigkeit und Ökologie wurden als Deckmäntel zur masslosen Umverteilung missbraucht. Wohnbaupolitik in vollendeter sozialistischer Manier, Umverkehrpolitik, 2'000 Watt-Utopien, Mehrwertabschöpfung, lassen grüssen.

Wir müssen hier und heute Gegensteuer geben.

Es reicht nicht, in Form von für den Stadtrat eher unverbindlichen Pauschalanträgen (via Konto 1060 Gesamtverwaltung) Sparbereitschaft demonstrieren zu wollen. Einen Dampfer bringt man nur durch das Einlegen des Rückwärtsganges zum Bremsen.

Die Kürzungsanträge der SVP über mehr als 160 Millionen Franken erlauben sowohl Steuererleichterungen wie die Schaffung von zusätzlichem Eigenkapital.

Wachen Sie auf Genossinnen und Genossen! Verlassen Sie ihre labile Finanzpolitik, Mitteparteien! Flicken Sie den Krug!

Denken Sie nicht an sich, denken Sie nicht nur bis zu den nächsten Wahlen - denken Sie an die Zukunft unserer Kinder und Enkel!

**3407. 2012/477****Erklärung der FDP-Fraktion vom 12.12.2012:  
Voranschlag (Budget) 2013**

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgeglichenes Budget ist möglich:

Wie seit längerem befürchtet werden für 2013 rückläufige Steuereinnahmen erwartet. Da die Ausgaben nicht zurückgehen, entsteht zusammen mit dem Novemberbrief ein Defizit in der Grössenordnung von 85 Mio. Franken. Dieser budgetierte Aufwandüberschuss erfüllt die FDP mit Sorge. Die weiterhin anhaltenden Instabilitäten auf globalem Niveau und die EURO- und Verschuldungskrise in den EU-Ländern lassen für die nächsten Jahre kein positives Umfeld erwarten. Die zu einem grossen Teil auf den Export ausgerichtete Schweizer Wirtschaft spürt den Nachfragerückgang in den wichtigen europäischen Absatzländern. Vor diesem Hintergrund ist auf absehbare Zeit nicht mit wieder steigenden Steuereinnahmen zu rechnen. Umso wichtiger wäre eine Reduktion der Ausgaben. Dies ist im Budget 2013 aber nicht auszumachen. Hier rächt sich nun die von rot-grün Ausgabenwut der vergangenen Jahre wie z.B. bei der Kinderbetreuung und beim Wohnungsbau. Bereits 2005 bei der Abstimmung „Kinderbetreuung konkret“ hat die FDP vor den unbezahlbaren Kosten gewarnt. Heute haben wir die Quittung. Aber auch die von rot-grün vorangetriebene Beteiligung an der Stiftung für günstigen Wohnungsbau schlägt mit 80 Mio. Franken zu Buche. Die FDP lehnt diese ab und hält an ihrer langfristig orientierten Finanzpolitik mit ausgeglichenem Budget fest.

Die FDP hat das vorliegende Budget geprüft und diverse Kürzungsanträge eingebracht. Abklärungen der RPK haben gezeigt, dass viele budgetierte Ausgaben nicht unbedingt notwendig sind. So können z.B. Ausgaben bei Temporären Aktionen in der Öffentlichkeit auf das Niveau der Rechnung 2011 reduziert werden. Die vom Stadtrat selbst vorgeschlagenen Pauschalkürzungen beim Personal, IT, nicht zu realisierende Projekte etc. lassen sich verdoppeln. Auch die von der FDP seit Jahren geforderte Reduktion der Kommunikationsstellen muss nun im Umfang von 0.5 Mio. Franken umgesetzt werden. Immer wieder Anlass zu Diskussionen gibt die teure Bauweise von Strassen- und Veloanlagen. Die FDP erachtet den Unterhalt der Infrastruktur als wichtig, verzichtet aber auf Luxusausführungen bei Randsteinen, Strassenbäumen, Trottoirnasen etc. Hier lassen sich 13.4 Millionen Franken problemlos einsparen, ohne dass Projekte gefährdet wären. Die geforderten Kürzungen der FDP reduzieren die Ausgaben um 106.7 Millionen Franken. Sie stellt sich aber auch gegen Gebührenerhöhungen im Ausmass von 13.3 Mio. Franken, welche das Budget entsprechend verschlechtern. Insgesamt kann das Budget 2012 mit den Anträgen der FDP zu einem positiven Resultat von 8 Millionen Franken verbessert werden. Nicht in Frage gestellt werden die Lohnmassnahmen für das Personal.

Die Forderung der Linken nach einer Erhöhung des Steuerfusses ist entschieden abzulehnen, werden so doch die immer noch guten Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze in der Stadt verschlechtert. In schwierigen Zeiten muss man sich auf das Nötigste konzentrieren, ohne Firmen und Individuen durch höhere Steuern zu schröpfen.

Positiv zu vermerken ist die Bereitschaft des Stadtrates, mit einer Zusatzweisung eine Aufgabenüberprüfung vorzunehmen. Die FDP hat genau dies seit vielen Jahren gefordert. Sie wird diese Überprüfung eng begleiten mit der Zielsetzung, die Ausgaben in der Stadt Zürich zu reduzieren. Hier wird sich dann weisen, ob die Verwaltung den stadträtlichen Auftrag ernst nimmt und das Notwendige vom Nice-to-have unterscheiden kann. Nur so kann mittelfristig ein ausgeglichenes Budget mit den richtigen Prioritäten erreicht werden.

**3408. 2012/478****Erklärung der Grüne-Fraktion vom 12.12.2012:  
Voranschlag (Budget) 2013**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2013: Auf grünem Weg:

Auch wenn noch Optimierungspotential besteht, sind die Grünen mit dem Budget 2013 grundsätzlich zufrieden. Zwar sind noch nicht alle unsere Wünsche erfüllt, aber wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass der Stadtrat mit Investitionen in die 2000-Watt-Gesellschaft, dem markanten Ausbau der Kinderbetreuung, den Investitionen in eine stadt- und umweltgerechte Mobilität und der Einstellung von 80 Millionen Franken für die Stiftung für ökologisches und soziales Wohnen die grüne Politik konkret umsetzt.

Bei einem Budget, das viele unserer politischen Forderungen erfüllt, sind die Grünen bei den Mehrausgaben zurückhaltend. Allerdings wollen wir in diesem Budget mit einem Antrag und einem Vorstoss auf die

Herausforderungen des Klimawandels aufmerksam machen, der auch auf lokaler Ebene die Stadtentwicklungsdebatte der nächsten Jahre prägen wird.

An verschiedenen Orten sehen wir dagegen, wie jedes Jahr, Sparpotential. So ist es selbstverständlich, die Stadtverwaltung zu einem sparsamen Umgang mit den eigenen Ressourcen anzuhalten. Wir freuen uns, dass manche unserer Sparanträge, mit denen wir in der Vergangenheit noch allein gestanden sind, heute eine Mehrheit zu finden scheinen. Die von uns kritisierten Luxussanierungen bei Parkhäusern gehören der Vergangenheit an, wie das beim Parkhaus Feldegg der Fall gewesen wäre. Dass es unnötig ist, das Parkhaus Hardau I der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, scheint heute allen klar zu sein. Und auch Institutionen wie der völlig überflüssigen Greater Zurich Area und der Metropolitankonferenz, die primär auf wirtschaftliche Standortförderung ausgerichtet sind, scheint ein kritischerer Wind entgegen zu blasen.

Von einer Steuererhöhung auf Vorrat halten wir nichts. Erstens ist die finanzielle Lage der Stadt Zürich bei einem Eigenkapital von immer noch über 700 Millionen Franken akzeptabel. Und die Stadt Zürich kann allen ihren Verpflichtungen nachkommen, die dringenden Investitionen in die Ökologie tätigen, den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern, aber auch die Kinderbetreuung und die Schulhäuser ausbauen. Zweitens, und für uns wichtiger: Wir wollen uns der Diskussion stellen, welche Grossprojekte die Stadt Zürich sich zu welchem Preis leisten will. Diese Diskussion soll ernsthaft geführt und nicht mit einem Übermass an Geldmitteln vorzeitig zugedeckt werden, wie das unlängst beim Kunsthaus der Fall war. Der Planung eines Kongresszentrums, bei der die Stadt Zürich alleinige Zahlerin sein soll, begegnen wir mit grösster Skepsis, aber auch bei anderen Grossprojekten sehen wir markantes Sparpotential.

Die Bevölkerung der Stadt Zürich hat Politik und Verwaltung in den letzten Jahren grosse und herausfordernde Aufgaben aufgetragen. Der Aufgaben- und Finanzplan malt demgegenüber ein düsteres Bild der städtischen Finanzzukunft - dies nicht zuletzt, weil die Grossbanken nach wie vor lieber Millionengeschenke – auch an politische Parteien notabene – machen, statt Steuern zu bezahlen. Daher wird es selbstverständlich künftig noch mehr darum gehen, das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen. Wir Grünen haben klare Vorstellungen, was das ist. Dem Budget 2013, so wie es sich nun abzeichnet, werden wir hingegen zustimmen.

**3409. 2012/479**  
**Erklärung der GLP-Fraktion vom 12.12.2012:**  
**Voranschlag (Budget) 2013**

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Die Wahrheit liegt in der Mitte:

Besser als befürchtet, schlechter als erhofft – so lässt sich der Voranschlag 2013 aus grünliberaler Sicht zusammenfassen. Die Stadt wird im kommenden Jahr (und leider auch im laufenden) Verluste schreiben. Das ist noch kein Grund zur Panik. Aber genauso falsch wäre es, den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen und auf bessere Zeiten zu hoffen. Korrekturen sind notwendig.

Zuerst zur guten Nachrichten: Nach Jahren des Ausgabenwachstums bleibt der geplante Aufwand 2013 ungefähr auf dem – allerdings hohen – Niveau des Vorjahres. Bei genauer Betrachtung trübt sich dieses Bild: Der Personalaufwand steigt erneut um über 40 Millionen Franken, die Abschreibungen aufgrund der hohen geplanten Investitionen gar um 42 Millionen. Auch wenn der Grossteil der Stellenschaffungen durch die zunehmende Betreuung von jungen und alten Menschen gerechtfertigt scheint und die Hoffnung realistisch ist, dass die über dem Plafond liegenden Nettoinvestitionen nicht das budgetierte Niveau erreichen und die Abschreibungen deshalb nicht ganz so hoch ausfallen, ist Vorsicht geboten. Kompensiert werden diese Mehraufwendungen nämlich mit einer Reduktion der internen Verrechnungen und tieferen Passivzinsen. Das ist angesichts der historisch tiefen Zinslage nicht überraschend, langfristig jedoch kritisch zu betrachten. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt auf 42%. Zur Erinnerung: Das Gemeindeamt des Kantons Zürich bezeichnet einen Selbstfinanzierungsgrad von unter 70% als «grosse Verschuldung».

Der prognostizierte Ertragsrückgang musste leider erwartet werden. Bereits anlässlich der letztjährigen Budgetdebatte warnte die GLP, dass es sich beim hohen budgetierten Ertrag 2012 – wenn er denn überhaupt so hoch ausfällt – um einen «Ausreisser nach oben» handelt. Wir würden für 2013 also nicht von einem Einbruch, sondern eher von einer Rückkehr auf ein normales Ertragsniveau sprechen. Künftig gilt es also primär, die Ausgaben den Erträgen anzugleichen und nicht umgekehrt.

Nach der Präsentation des Budgets hatte die GLP-Fraktion angekündigt, den Budgetprozess zu nutzen, um Sparpotenziale zu realisieren und eine Saldoverbesserung zu erreichen. Das wird gelingen. Vielleicht nicht in dem Ausmass, wie wir uns das gewünscht hätten, aber letztlich haben wir realistische und realisierbare Anträge höher gewichtet als solche für die Galerie oder die politische Reputation. Dabei darf nicht vergessen werden, dass ebenfalls die Gefahr eines abgelehnten Budgets im Raume stand. Umso erfreulicher war deshalb die gute Zusammenarbeit mit einzelnen Mitteparteien. Wir wünschen und hoffen, dass künftig noch weitere Parteien das Potenzial einer starken Mitte erkennen.

Wir wissen, dass die Verbesserungen, die im Verlaufe der bevorstehenden Budgetdebatte erzielt werden, nur die ersten Schritte zur Sicherung der immer noch mehr oder weniger gesunden städtischen Finanzen sind. Weitere müssen im kommenden Jahr im Rat bei der Behandlung von Weisungen und Vorstössen folgen.

Erfreut ist die GLP, dass der Stadtrat mit dem Projekt 17/0 endlich die zentrale Frage stellt, welche Leistungen die Stadt Zürich zu welchen Kosten und in welchem Umfang erbringen und zu welchem Preis anbieten soll. Genau das hat die GLP seit ihrem Eintritt in den Gemeinderat gefordert.

Die Grünliberale Partei ist bereit, dieses Projekt zu unterstützen – nicht nur als Teil der städtischen Legislative, sondern auch als Teil der städtischen Exekutive.

#### **3410. 2012/480**

##### **Erklärung der CVP-Fraktion vom 12.12.2012: Voranschlag (Budget) 2013**

Namens der CVP-Fraktion verliest Jean-Claude Virchaux (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Jetzt sind Taten gefragt – ohne in Panik auszubrechen:

Die CVP nimmt das vorliegende Budget 2013 der Stadt Zürich mit Besorgnis zur Kenntnis. Nachdem die jährlichen Aufwandsteigerungen der letzten Jahre regelmässig mit zunehmenden Steuereinnahmen kompensiert werden konnten, zeigt das Budget 2013 der Stadt Zürich und vor allem der Finanzplan der nächsten Jahre, einen deutlichen Einbruch bei den Steuereinnahmen. Obwohl die Stadt Zürich zum jetzigen Zeitpunkt noch über eine gesunde Eigenkapitaldecke verfügt, darf dies nicht zum Weiterführen der bisherigen jährlichen Aufwandsteigerungen verleiten – im Gegenteil! Aus diesem Grund wird die CVP Kürzungsanträge unterstützen mit dem Ziel, das für 2013 budgetierte Defizit der Stadt Zürich um mindestens die Hälfte zu reduzieren. Das Wünschbare ist vom Machbaren zu trennen, will heissen, die Ausgaben müssen noch intensiver hinterfragt und wirklich priorisiert werden.

Wir begrüssen daher ausdrücklich die Initialisierung und Umsetzung des Projektes 17/0 der Stadtverwaltung sowie dessen Zielsetzungen. Gleichzeitig ist für uns wichtig, dass die Stadt Zürich weiterhin als verlässlicher Partner gegenüber Mitarbeitenden und dem Gewerbe auftritt.

Kostenbewusstsein und Weitsicht müssen jedoch die prägenden Begriffe in der Finanzpolitik der Stadt Zürich bleiben und wir fordern den Stadtrat auf, diesen Weg noch konsequenter zu verfolgen.

Es ist eine Tatsache, dass eine Verwaltung wie die der Stadt Zürich mit einem 8 Milliarden-Haushalt eine Grösse aufweist, bei welcher anfallende Ausgaben nicht immer kritisch hinterfragt werden. In diesem Sinne müssen auch die neuerlichen Erhöhungen im Budget 2013 kritisch hinterfragt werden. Auch wenn die Anträge in der Regel im Einzelnen gut begründet sind, braucht es eine noch stärkere Kostenkontrolle innerhalb der Verwaltung. Das Parlament darf sich aber ebenfalls nicht aus dieser Verantwortung stehlen – ist es doch dieses Parlament, welches jede Woche neue Forderungen an den Stadtrat überweist. Die Bürger dieser Stadt sind eigenverantwortliche Individuen und wir – das Parlament und der Stadtrat – müssen nicht jedes noch so kleine Detail in dieser Stadt regeln.

Im vorliegenden Budget liegen auch Anträge für Budgetverschlechterungen vor. Die CVP wird gemäss ihrer Zielsetzung, das Budgetdefizit mindestens zu halbieren, Budgetverschlechterungen nicht zustimmen.

Grundsätzlich vertreten wir den Standpunkt, dass der Stadtrat die notwendigen finanziellen Mittel bei Vorliegen von konkreten Vorhaben und Projekten rechtzeitig im Gemeinderat beantragen soll.

Die CVP dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für ihren unermüdlichen Einsatz für die Stadt Zürich. Ebenfalls danken wir der vorberatenden Rechnungsprüfungskommission für die umfassende und detaillierte Bearbeitung des Budgets 2013.

Die Fraktion der CVP wird sich auch in der diesjährigen Budgetdebatte nicht zu jedem Antrag äussern und damit einen Beitrag zu einer sachlichen und zukunftsorientierten Budgetdebatte leisten. Wir laden die anderen Fraktionen im Gemeinderat ein, ebenfalls dieser Motivation zu folgen und damit eine endlose und teure Budgetdebatte ohne Mehrwert für die Stadt Zürich zu verhindern.

**3411. 2012/481****Erklärung der AL-Fraktion vom 12.12.2012:  
Voranschlag (Budget) 2013**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Zürich muss sich auf das Wesentliche konzentrieren:

Trotz rekordhohen Erträgen aus Liegenschaftengeschäften (+51 Mio) und wacker sprudelnden Sondererträgen - + 45 Mio wegen der Reduktion der Verzinsung der Guthaben der Gemeindebetriebe, + 30 Mio wegen der Senkung der Schwankungsreserven der Flughafenaktion, + 40 Mio wegen den Rüschtliker Glasenberg-Millionen, + 6 Mio wegen zusätzlichen Entnahmen aus den Erneuerungsreserven der Liegenschaftsverwaltung hat der Stadtrat einen Voranschlag mit einem Ausgabenüberschuss von 85 Millionen Franken vorgelegt. Wer die Zahlen ernst nimmt kommt nicht um die immer drängendere Feststellung herum, dass sich auch Zürich nicht alles leisten kann.

Wie in früheren Jahren drängt die AL deshalb auf finanzpolitische Weichenstellungen, die Gewähr dafür bieten, dass dem Wichtigen Priorität eingeräumt wird.

- Dazu gehört der Ausbau der Infrastruktur für die wachsende Bevölkerung. Die Verkehrs-Erschliessung der boomenden Stadt(rand)quartiere, der Bau von Schulhäusern, Betreuungseinrichtungen und Quartierinfrastruktur (Treffpunkte, Plätze und Naherholungsgebiete) dürfen nicht verzögert werden.
- Dazu gehört die ausserfamiliären Betreuung im Schul- und Vorschulbereich, bei der es keine Abstriche geben darf. Mit der Reduktion der für den Ausbau der subventionierten Krippenplätze zur Verfügung stehenden Mittel um 4 Millionen geht der Stadtrat den falschen Weg.
- Dazu gehört auch die Personalpolitik. Mit der Festsetzung tiefer Fallpauschalen für die Spitäler und den Sparvorgaben für die VBZ macht der Kanton Druck auf die Löhne der unteren Einkommensgruppen. Statt diese Forderungen zurückzuweisen geht der Stadtrat in die gleiche Richtung. Die Aufweichung des Teuerungsausgleichs, die im Rahmen der SLS-Revision angekündigte Prüfung von Erhöhungen bei den leistungsabhängigen Lohnkomponenten und die bereits angedachte Erhöhung der Schere zwischen städtischen Tiefst- und Höchstlöhnen ist für die AL der falsche Weg.

Wer den Ausbau der Kinderbetreuung finanzieren, die neuen Quartiere erschliessen und Schnitte beim Personal verhindern will, muss angesichts der bestenfalls stabilen Steuererträge auch über die Einnahmen diskutieren. Die AL beantragt in dieser Budgetdebatte, die 2008 beschlossene Reduktion des Steuerfusses zurückzunehmen. Wegen den vom Kanton beschlossenen neuen Kinderabzügen werden die von einer guten Infrastruktur besonders profitierenden Familien von der Steuerfusserhöhung kaum etwas zu spüren. Für die anderen privaten und juristischen Personen stehen die Mehrbelastungen in keinem Verhältnis zum forcierten Sparkurs, den der Verzicht auf die Mehreinnahmen von jährlich knapp 50 Millionen Franken zur Folge hätte.

Wenn wir die früher oder später so oder so kommende Anpassung des Steuerfusses in dieser Budgetdebatte beschliessen, können wir den absehbaren Abbau des Eigenkapitals verlangsamen. Damit erhalten wir uns die Spielräume für Investitionen im Finanzvermögen, auf die wir insbesondere für die vom Stadtrat nach dem Ja zum wohnpolitischen Grundsatzartikel beschlossene neue Wohnpolitik angewiesen sind.

Weil die Stadt Zürich ein strukturelles Defizit hat, bleiben auch mit der von der AL geforderten Steuerfusserhöhung Sparmassnahmen notwendig.

- Angesichts des im Vergleich mit anderen Polizeikörpern hohen Personalbestandes muss die Stadtpolizei den Ausbau der Uniformpolizei durch interne Umlagerungen realisieren. Wenn wir zwischen 100 mehr bezahlbaren Betreuungsplätzen und einer Erhöhung der Stapo-Ausgaben um 3,3 Mio wählen können, entscheidet sich die AL für die Betreuungsplätze.
- Die Belastung der Stadtkasse mit Leuchtturmprojekten hat das Tragbare überschritten. Deshalb fordern wir, dass mit dem Kongresszentrum jenes Projekt sistiert wird, für das noch keine Planungsmillionen ausgegeben worden sind.
- Gleichzeitig gilt es bei den Bauprojekten verlorenes Vertrauen in die Fähigkeit der Verwaltung, gut und günstig zu bauen, zurückzugewinnen. Deshalb beantragt die AL den Aufbau eines sich am IT-Controlling orientierenden, unabhängigen Baucontrollings.
- Schluss sein muss schliesslich auch mit der unsäglichen Praxis der Stadt Zürich, privaten Immobilieninvestoren mit von den Steuerzahlerinnen finanzierten Infrastrukturbauten die Rendite aufzupolieren. Die 15 Millionen Franken, die der Stadtrat in den kommenden drei Jahren für den Pfingstweidpark ausgeben will, müssen grossmehrheitlich von Mobimo und Co finanziert werden.

**3404. 2012/345**  
**Weisung vom 19.09.2012:**  
**Voranschlag (Budget) 2013**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Beschlüsse:

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>				
	<b>1060</b>	<b>Gesamtverwaltung</b>				
	<b>3060 0000</b>	<b>Dienstkleider und Dienstkleiderentschädigungen</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>001.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl. Nachtrag			Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		198 800		- 198 800	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Finanzlage, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle				

**Konto 3060 0000 Dienstkleider und Dienstkleiderentschädigungen**

Lineare Kürzung um 3 %

Institution	Bezeichnung	Budget 2013	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	35 000	-	1 100	33 900
1070	Betreibungsämter	12 500	-	400	12 100
1530	Bevölkerungsamt	30 000	-	900	29 100
2021	Liegenschaftenverwaltung	15 000	-	500	14 500
2520	Stadtpolizei	3 400 000	-	102 000	3 298 000
2550	Schutz und Rettung	660 000	-	19 800	640 200
2555	Dienstabteilung Verkehr	15 000	-	500	14 500
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	35 000	-	1 100	33 900
3515	Tiefbauamt	403 500	-	12 100	391 400
3535	ERZ, Abwasser	119 000	-	3 600	115 400
3550	ERZ, Abfall	269 600	-	8 100	261 500
3555	ERZ, Fernwärme	27 800	-	800	27 000
3560	ERZ, Stadtreinigung	152 000	-	4 600	147 400
4035	Amt für Baubewilligungen	9 400	-	300	9 100
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	12 000	-	400	11 600
4525	Wasserversorgung	109 200	-	3 300	105 900
4540	Verkehrsbetriebe	1 191 000	-	35 700	1 155 300
5000	SSD Zentrale Verwaltung	9 400	-	300	9 100
5010	Schulamt	59 500	-	1 800	57 700

5050	Schulgesundheitsdienste	5 800	-	200	5 600
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	44 700	-	1 300	43 400
<b>Total Verbesserung</b>				<b>198 800</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 47 Stimmen zu.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**1060** **Gesamtverwaltung**  
**3091 0000** **Aus- und Weiterbildung des Personals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>002.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl.	Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		586 100		- 586 100	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Begründung: Finanzlage, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

#### Konto 3091 0000 Aus- und Weiterbildung des Personals

Lineare Kürzung um 3 %

Institution	Bezeichnung	Budget 2013	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	15 000	-	500	14 500
1007	Finanzkontrolle	42 000	-	1 300	40 700
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	3 000	-	100	2 900
1020	Stadtkanzlei	20 000	-	600	19 400
1025	Rechtskonsulent	4 000	-	100	3 900
1035	Datenschutzbeauftragte/r	5 500	-	200	5 300
1070	Betreibungsämter	174 000	-	5 200	168 800
1080	Friedensrichterämter	11 000	-	300	10 700
1500	PRD Zentrale Verwaltung	12 000	-	400	11 600
1501	Kultur	12 500	-	400	12 100
1505	Stadtentwicklung	20 000	-	600	19 400
1506	Fachstelle für Gleichstellung	89 000	-	2 700	86 300
1530	Bevölkerungsamt	166 000	-	5 000	161 000
1560	Statistik Stadt Zürich	46 000	-	1 400	44 600
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	6 000	-	200	5 800
1565	Stadtarchiv	12 000	-	400	11 600
2000	FD Zentrale Verwaltung	31 500	-	900	30 600
2015	Finanzverwaltung	19 000	-	600	18 400
2016	Kompetenzzentrum RVZ	2 300	-	100	2 200
2021	Liegenschaftenverwaltung	125 000	-	3 800	121 200
2050	Human Resources Management	1 833 000	-	55 000	1 778 000
2051	Stadtweites Case Management	35 000	-	1 100	33 900
2052	Optimaler Berufseinstieg	12 000	-	400	11 600
2080	Organisation und Informatik	891 000	-	26 700	864 300
2500	PD Zentrale Verwaltung	17 500	-	500	17 000

2506	Blaue Zonen	18 000	-	500	17 500
2520	Stadtpolizei	3 240 200	-	97 200	3 143 000
2525	Stadtrichteramt	30 000	-	900	29 100
2550	Schutz und Rettung	939 500	-	28 200	911 300
2555	Dienstabteilung Verkehr	75 000	-	2 300	72 700
3010	Städtische Gesundheitsdienste	148 100	-	4 400	143 700
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	1 665 000	-	50 000	1 615 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	103 600	-	3 100	100 500
3500	TED Zentrale Verwaltung	15 000	-	500	14 500
3515	Tiefbauamt	720 300	-	21 600	698 700
3550	ERZ, Abfall	971 800	-	29 200	942 600
3555	ERZ, Fernwärme	225 500	-	6 800	218 700
3560	ERZ, Stadtreinigung	345 200	-	10 400	334 800
4000	HBD Zentrale Verwaltung	90 000	-	2 700	87 300
4015	Amt für Städtebau	107 000	-	3 200	103 800
4020	Amt für Hochbauten	190 000	-	5 700	184 300
4035	Amt für Baubewilligungen	30 000	-	900	29 100
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	430 000	-	12 900	417 100
4500	DIB Zentrale Verwaltung	40 000	-	1 200	38 800
4525	Wasserversorgung	196 000	-	5 900	190 100
4540	Verkehrsbetriebe	1 177 800	-	35 300	1 142 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	120 600	16 800	4 100	133 300
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	5 000	-	200	4 800
5010	Schulamt	2 842 500	-21 800	84 600	2 736 100
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	168 000	-	5 000	163 000
5050	Schulgesundheitsdienste	106 000	-	3 200	102 800
5063	Fachschule Viventa	220 000	-	6 600	213 400
5500	SD Zentrale Verwaltung	27 100	-	800	26 300
5510	Support Sozialdepartement	215 000	-	6 500	208 500
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	85 000	-	2 600	82 400
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	100 000	-	3 000	97 000
5550	Soziale Dienste	725 000	-	21 800	703 200
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	542 600	-	16 300	526 300
<b>Total Verbesserung</b>				<b>586 100</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>1060</b>	<b>Gesamtverwaltung</b>			
	<b>3092 0000</b>	<b>Personalwerbung</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>003.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl. Nachtrag			Mehrheit
		1 304 000		-1 304 000	Minderheit
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung:	Finanzlage, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle		

**Konto 3092 0000 Personalwerbung**

Lineare Kürzung um 25 %

Institution	Bezeichnung	Budget 2013	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	5 000	-	1 300	3 700
1007	Finanzkontrolle	5 000	-	1 300	3 700
1020	Stadtkanzlei	22 000	-	5 500	16 500
1070	Betreibungsämter	35 800	-	9 000	26 800
1080	Friedensrichterämter	700	-	200	500
1500	PRD Zentrale Verwaltung	20 000	-	5 000	15 000
1501	Kultur	27 000	-	6 800	20 200
1505	Stadtentwicklung	5 000	-	1 300	3 700
1506	Fachstelle für Gleichstellung	5 000	-	1 300	3 700
1530	Bevölkerungsamt	15 000	-	3 800	11 200
1560	Statistik Stadt Zürich	15 000	-	3 800	11 200
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	2 000	-	500	1 500
1565	Stadtarchiv	8 000	-	2 000	6 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	3 000	7 000	2 500	7 500
2015	Finanzverwaltung	15 000	-	3 800	11 200
2021	Liegenschaftenverwaltung	90 000	-	22 500	67 500
2050	Human Resources Management	137 600	-	34 400	103 200
2080	Organisation und Informatik	402 000	-	100 500	301 500
2500	PD Zentrale Verwaltung	1 000	-	300	700
2506	Blaue Zonen	1 500	-	400	1 100
2520	Stadtpolizei	833 900	-	208 500	625 400
2525	Stadtrichteramt	10 000	-	2 500	7 500
2550	Schutz und Rettung	55 000	-	13 800	41 200
2555	Dienstabteilung Verkehr	10 000	-	2 500	7 500
3010	Städtische Gesundheitsdienste	41 300	-	10 300	31 000
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	510 900	-	127 700	383 200
3026	Altersheime der Stadt Zürich	198 400	-	49 600	148 800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	43 500	-	10 900	32 600
3500	TED Zentrale Verwaltung	15 000	-	3 800	11 200
3515	Tiefbauamt	295 000	-	73 800	221 200
3535	ERZ, Abwasser	195 000	-	48 800	146 200
3550	ERZ, Abfall	214 000	-	53 500	160 500
3555	ERZ, Fernwärme	30 000	-	7 500	22 500
3560	ERZ, Stadtreinigung	30 000	-	7 500	22 500
4000	HBD Zentrale Verwaltung	20 000	-	5 000	15 000
4015	Amt für Städtebau	60 000	-	15 000	45 000
4020	Amt für Hochbauten	100 000	-	25 000	75 000
4035	Amt für Baubewilligungen	50 000	-	12 500	37 500
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	200 000	-	50 000	150 000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	20 000	-	5 000	15 000
4525	Wasserversorgung	101 000	-	25 300	75 700
4540	Verkehrsbetriebe	876 600	-	219 200	657 400
5000	SSD Zentrale Verwaltung	10 000	80 000	22 500	67 500
5010	Schulamt	95 000	-	23 800	71 200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	11 700	-	2 900	8 800
5050	Schulgesundheitsdienste	6 200	-	1 600	4 600
5063	Fachschule Viventa	28 100	-	7 000	21 100

5510	Support Sozialdepartement	210 600	-	52 700	157 900
5515	Amt für Zusatzleist. zur AHV/IV	35 000	-	8 800	26 200
5520	Laufbahnenzentrum	3 000	-	800	2 200
<b>Total Verbesserung</b>				<b>1 304 000</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 49 Stimmen zu.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**1060** **Gesamtverwaltung**  
**3099 0000** **Übriger Personalaufwand**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>004.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl. Nachtrag			Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		150 000		-150 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Finanzlage, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

#### Konto 3099 0000 Übriger Personalaufwand

Lineare Kürzung um 3 %

Institution	Bezeichnung	Budget 2013	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	7 000	-	200	6 800
1020	Stadtkanzlei	80 000	-	2 400	77 600
1035	Datenschutzbeauftragte/r	2 500	-	100	2 400
1070	Betreibungsämter	60 500	-	1 800	58 700
1080	Friedensrichterämter	2 700	-	100	2 600
1500	PRD Zentrale Verwaltung	37 000	-	1 100	35 900
1501	Kultur	20 200	-	600	19 600
1505	Stadtentwicklung	12 500	-	400	12 100
1506	Fachstelle für Gleichstellung	2 500	-	100	2 400
1530	Bevölkerungsamt	60 700	-	1 800	58 900
1560	Statistik Stadt Zürich	12 000	-	400	11 600
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	8 000	-	200	7 800
1565	Stadtarchiv	6 000	-	200	5 800
2000	FD Zentrale Verwaltung	16 000	15 000	900	30 100
2015	Finanzverwaltung	26 000	-	800	25 200
2016	Kompetenzzentrum RVZ	2 000	-	100	1 900
2021	Liegenschaftenverwaltung	45 000	-	1 400	43 600
2050	Human Resources Management	92 500	-	2 800	89 700
2051	Stadtweites Case Management	25 000	-	800	24 200
2080	Organisation und Informatik	206 000	-	6 200	199 800
2500	PD Zentrale Verwaltung	51 000	-	1 500	49 500
2506	Blaue Zonen	3 500	-	100	3 400
2520	Stadtpolizei	412 000	-	12 400	399 600
2525	Stadtrichteramt	32 500	-	1 000	31 500

2550	Schutz und Rettung	313 000	-	9 400	303 600
3000	GUD Zentrale Verwaltung	41 500	-	1 200	40 300
3010	Städtische Gesundheitsdienste	52 700	-	1 600	51 100
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	794 200	-	23 800	770 400
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	45 700	-	1 400	44 300
3500	TED Zentrale Verwaltung	20 000	-	600	19 400
3515	Tiefbauamt	313 200	-	9 400	303 800
3535	ERZ, Abwasser	201 300	-	6 000	195 300
3550	ERZ, Abfall	231 800	-	7 000	224 800
3555	ERZ, Fernwärme	30 800	-	900	29 900
3560	ERZ, Stadtreinigung	52 800	-	1 600	51 200
4000	HBD Zentrale Verwaltung	60 000	-	1 800	58 200
4015	Amt für Städtebau	50 000	-	1 500	48 500
4020	Amt für Hochbauten	50 000	-	1 500	48 500
4035	Amt für Baubewilligungen	50 000	-	1 500	48 500
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	158 000	-	4 700	153 300
4500	DIB Zentrale Verwaltung	5 000	-	200	4 800
4525	Wasserversorgung	108 000	-	3 200	104 800
5000	SSD Zentrale Verwaltung	84 000	2 800	2 600	84 200
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	140 000	-	4 200	135 800
5010	Schulamt	395 400	-2 800	11 800	380 800
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	43 600	-	1 300	42 300
5050	Schulgesundheitsdienste	63 000	-	1 900	61 100
5063	Fachschule Viventa	30 000	-	900	29 100
5500	SD Zentrale Verwaltung	5 000	-	200	4 800
5510	Support Sozialdepartement	50 000	-	1 500	48 500
5515	Amt für Zusatzleist. zur AHV/IV	48 000	-	1 400	46 600
5520	Laufbahnzentrum	60 000	-	1 800	58 200
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	25 000	-	800	24 200
5550	Soziale Dienste	150 000	-	4 500	145 500
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	81 900	-	2 500	79 400
<b>Total Verbesserung</b>				<b>150 100</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen zu.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>1060</b>	<b>Gesamtverwaltung</b>			
	<b>3100 0000</b>	<b>Büromaterial</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>005.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl. Nachtrag			Mehrheit
		25 300		- 25 300	Minderheit
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Finanzlage, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

**Konto 3100 0000 Büromaterial**

Lineare Kürzung um 3 %

Institu- tion	Bezeichnung	Budget 2013	November- brief	Verbesse- rung	Budget neu
1000	Gemeinde	2 000	-	100	1 900
1005	Gemeinderat	3 000	-	100	2 900
1020	Stadtkanzlei	4 000	-	100	3 900
1070	Betreibungsämter	33 500	-	1 000	32 500
1080	Friedensrichterämter	8 300	-	200	8 100
1501	Kultur	9 200	-	300	8 900
1530	Bevölkerungsamt	10 000	-	300	9 700
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	3 000	-	100	2 900
2000	FD Zentrale Verwaltung	1 800	-	100	1 700
2016	Kompetenzzentrum RVZ	2 000	-	100	1 900
2021	Liegenschaftenverwaltung	3 000	-	100	2 900
2027	Gewerbe-Immobilien	3 000	-	100	2 900
2050	Human Resources Management	6 000	-	200	5 800
2080	Organisation und Informatik	5 000	-	200	4 800
2506	Blaue Zonen	2 000	-	100	1 900
2520	Stadtpolizei	69 200	-	2 100	67 100
2525	Stadtrichteramt	2 000	-	100	1 900
2550	Schutz und Rettung	10 000	-	300	9 700
2555	Dienstabteilung Verkehr	4 000	-	100	3 900
3000	GUD Zentrale Verwaltung	3 600	-	100	3 500
3010	Städtische Gesundheitsdienste	5 300	-	200	5 100
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	85 600	-	2 600	83 000
3026	Altersheime der Stadt Zürich	40 500	-	1 200	39 300
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	2 700	-	100	2 600
3500	TED Zentrale Verwaltung	6 000	-	200	5 800
3515	Tiefbauamt	11 300	-	300	11 000
3535	ERZ, Abwasser	25 000	-	800	24 200
3550	ERZ, Abfall	24 500	-	700	23 800
3555	ERZ, Fernwärme	5 000	-	200	4 800
4020	Amt für Hochbauten	5 000	-	200	4 800
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	4 000	-	100	3 900
4525	Wasserversorgung	22 000	-	700	21 300
4540	Verkehrsbetriebe	317 800	-	9 500	308 300
5000	SSD Zentrale Verwaltung	2 700	100	100	2 700
5010	Schulamt	16 500	-100	500	15 900
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	2 000	-	100	1 900
5050	Schulgesundheitsdienste	7 500	-	200	7 300
5063	Fachschule Viventa	3 700	-	100	3 600
5510	Support Sozialdepartement	2 700	-	100	2 600
5515	Amt für Zusatzleist. zur AHV/IV	5 100	-	200	4 900
5520	Laufbahnzentrum	3 000	-	100	2 900
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	3 000	-	100	2 900
5550	Soziale Dienste	20 000	-	600	19 400
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	18 400	-	600	17 800
<b>Total Verbesserung</b>				<b>25 300</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 49 Stimmen zu.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>1060</b>	<b>Gesamtverwaltung</b>			
	<b>3101 0000</b>	<b>Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>006.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		970 900		- 970 900	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Finanzlage, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

**Konto 3101 0000 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten**

Lineare Kürzung um 10 %

Institution	Bezeichnung	Budget 2013	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	110 000	-	11 000	99 000
1005	Gemeinderat	23 000	-	2 300	20 700
1007	Finanzkontrolle	4 000	-	400	3 600
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	11 000	-	1 100	9 900
1020	Stadtkanzlei	812 000	-	81 200	730 800
1025	Rechtskonsulent	4 700	-	500	4 200
1035	Datenschutzbeauftragte/r	7 000	-	700	6 300
1070	Betreibungsämter	13 200	-	1 300	11 900
1080	Friedensrichterämter	12 000	-	1 200	10 800
1500	PRD Zentrale Verwaltung	5 500	-	600	4 900
1501	Kultur	522 000	-	52 200	469 800
1505	Stadtentwicklung	115 000	-	11 500	103 500
1506	Fachstelle für Gleichstellung	50 000	-	5 000	45 000
1530	Bevölkerungsamt	40 000	-	4 000	36 000
1560	Statistik Stadt Zürich	35 000	-	3 500	31 500
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	8 500	-	900	7 600
1565	Stadtarchiv	20 000	-	2 000	18 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	11 400	-	1 100	10 300
2015	Finanzverwaltung	2 500	-	300	2 200
2016	Kompetenzzentrum RVZ	2 000	-	200	1 800
2021	Liegenschaftenverwaltung	69 000	-	6 900	62 100
2022	Wohnliegenschaften	57 000	-	5 700	51 300
2023	Liegensch. ehem. Gasversorgung	1 000	-	100	900
2025	Restaurants	40 000	-	4 000	36 000
2026	Baulandres./Landres. nicht Stadt	7 000	-	700	6 300
2027	Gewerbe-Immobilien	43 000	-	4 300	38 700
2028	Liegenschaften des VV	4 500	-	500	4 000
2031	Wohnsiedlungen	96 000	-	9 600	86 400
2051	Stadtweites Case Management	2 000	-	200	1 800
2052	Optimaler Berufseinstieg	3 000	-	300	2 700
2080	Organisation und Informatik	311 500	-	31 200	280 300
2500	PD Zentrale Verwaltung	5 800	-	600	5 200
2505	Parkgebühren	5 000	-	500	4 500

2506	Blaue Zonen	31 000	-	3 100	27 900
2520	Stadtpolizei	331 500	-	33 200	298 300
2525	Stadtrichteramt	5 600	-	600	5 000
2550	Schutz und Rettung	335 000	-	33 500	301 500
2555	Dienstabteilung Verkehr	50 000	-	5 000	45 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	47 800	-	4 800	43 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	64 100	-	6 400	57 700
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	153 800	-	15 400	138 400
3026	Altersheime der Stadt Zürich	145 700	-	14 600	131 100
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	143 200	-	14 300	128 900
3500	TED Zentrale Verwaltung	13 000	-	1 300	11 700
3535	ERZ, Abwasser	486 200	-	48 600	437 600
3560	ERZ, Stadtreinigung	205 300	-	20 500	184 800
4000	HBD Zentrale Verwaltung	236 200	-	23 600	212 600
4015	Amt für Städtebau	358 800	-	35 900	322 900
4020	Amt für Hochbauten	80 000	-	8 000	72 000
4035	Amt für Baubewilligungen	5 000	-	500	4 500
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	110 000	-	11 000	99 000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	10 800	-	1 100	9 700
4525	Wasserversorgung	180 400	-	18 000	162 400
4540	Verkehrsbetriebe	605 000	-	60 500	544 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	175 000	7 400	18 200	164 200
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	2 400 000	-	240 000	2 160 000
5010	Schulamt	236 500	-7 400	22 900	206 200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	97 000	-	9 700	87 300
5050	Schulgesundheitsdienste	39 900	-	4 000	35 900
5063	Fachschule Viventa	45 800	-	4 600	41 200
5500	SD Zentrale Verwaltung	36 000	-	3 600	32 400
5510	Support Sozialdepartement	22 000	-	2 200	19 800
5515	Amt für Zusatzleist. zur AHV/IV	6 000	-	600	5 400
5520	Laufbahnzentrum	131 000	-	13 100	117 900
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	6 200	-	600	5 600
5550	Soziale Dienste	310 000	-	31 000	279 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	149 200	-	14 900	134 300
<b>Total Verbesserung</b>				<b>970 900</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 49 Stimmen zu.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>1060</b>	<b>Gesamtverwaltung</b>			
	<b>3107 0000</b>	<b>Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>007.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

1 591 000

- 1 591 000 Minderheit

Präsident Roger Liebi  
(SVP) Referent, Dr. Urs  
Egger (FDP), Dr. Daniel  
Regli (SVP), Urs Schmid  
(FDP)

Begründung: Finanzlage, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

**Konto 3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit**

Lineare Kürzung um 20 %

Institu- tion	Bezeichnung	Budget 2013	November- brief	Verbesse- rung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	10 000	-	2 000	8 000
1010	Beauftragt. in Beschwerdesachen	8 000	-	1 600	6 400
1080	Friedensrichterämter	1 200	-	200	1 000
1505	Stadtentwicklung	75 000	-	15 000	60 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	30 000	-	6 000	24 000
1530	Bevölkerungsamt	14 000	-	2 800	11 200
1560	Statistik Stadt Zürich	25 000	-	5 000	20 000
2500	PD Zentrale Verwaltung	4 900	-	1 000	3 900
2520	Stadtpolizei	617 600	-	123 500	494100
2550	Schutz und Rettung	64 000	-	12 800	51 200
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	290 000	-	58 000	232 000
3026	Altersheime der Stadt Zürich	400 100	-	80 000	320 100
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	685 500	-	137 100	548 400
3535	ERZ, Abwasser	210 000	-	42 000	168 000
3555	ERZ, Fernwärme	63 000	-	12 600	50 400
3560	ERZ, Stadtreinigung	108 800	-	21 800	87 000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	8 000	-	1 600	6 400
4540	Verkehrsbetriebe	4 828 100	-	965 600	3 862 500
5010	Schulamt	19 000	-	3 800	15 200
5026	Musikschule Konservatorium ZH	60 000	-	12 000	48 000
5050	Schulgesundheitsdienste	48 900	-	9 800	39 100
5063	Fachschule Viventa	208 000	-	41 600	166 400
5070	Sportamt	120 200	-	24 000	96 200
5515	Amt für Zusatzleist. zur AHV/IV	7 500	-	1 500	6 000
5550	Soziale Dienste	20 000	-	4 000	16 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	28 400	-	5 700	22 700
<b>Total Verbesserung</b>				<b>1 591 000</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 49 Stimmen zu.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**1060** **Gesamtverwaltung**  
**3107 0000** **Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit**

	Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>008.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyller (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

487 400 - 487 400 Minderheit Dr. Urs Egger (FDP)  
Referent, Präsident Roger  
Liebi (SVP), Dr. Daniel  
Regli (SVP), Urs Schmid  
(FDP)  
Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Aufwand Rechnung 2011 genügt, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

#### Konto 3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit

Institution	Bezeichnung	Budget 2013	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2520	Stadtpolizei	617 600	-	197 700	419 900
3000	GUD Zentrale Verwaltung	49 000	-	28 100	20 900
3010	Städtische Gesundheitsdienste	67 900	-	54 100	13 800
3550	ERZ, Abfall	447 500	-	197 700	249 800
5000	SSD Zentrale Verwaltung	30 200	-	9 800	20 400
<b>Total Verbesserung</b>				<b>487 400</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 49 Stimmen zu.

S. - **10**  
**1060**  
**3114 0000** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**Gesamtverwaltung**  
**Anschaffungen Kleider, Wäsche und Vorhänge**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>009.</b> Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2013 inkl. Nachtrag			Mehrheit
	32 800	- 32 800		Minderheit

Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)  
Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Begründung: Finanzlage, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

#### Konto 3114 0000 Anschaffungen Kleider, Wäsche und Vorhänge

Lineare Kürzung um 3 %

Institution	Bezeichnung	Budget 2013	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2550	Schutz und Rettung	75 000	-	2 300	72 700
3010	Städtische Gesundheitsdienste	16 500	-	500	16 000
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	296 600	-	8 900	287 700
3026	Altersheime der Stadt Zürich	371 700	-	11 200	360 500
3535	ERZ, Abwasser	50 000	-	1 500	48 500
3560	ERZ, Stadtreinigung	2 500	-	100	2 400
4525	Wasserversorgung	34 800	-	1 000	33 800
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	2 000	-	100	1 900
5010	Schulamt	11 000	-	300	10 700
5063	Fachschule Viventa	3 000	-	100	2 900

5550	Soziale Dienste	5 000	-	200	4 800
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	220 600	-	6 600	214 000
<b>Total Verbesserung</b>				<b>32 800</b>	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 151, Protokoll-Nr. 3404/2012).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 3412. 2012/482

**Postulat von Andrea Hochreutener (SP) und Jürg Ammann (Grüne) vom 12.12.2012:**

**Altersstrategie der Stadt, Berücksichtigung zusätzlicher Wirkungsbereiche der Stadtverwaltung**

Von Andrea Hochreutener (SP) und Jürg Ammann (Grüne) ist am 12. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Überprüfung und der Umsetzung der Altersstrategie der Stadt Zürich, die in zwei Jahren geplant ist, folgende Wirkungsbereiche miteinbezogen werden können:

1. Gewährleistung der Mobilität ausser Haus.
2. Nutzung der öffentlichen Aufenthalts- und Strassenräume.
3. Berücksichtigung der Bedürfnisse von älteren Menschen bei Baubewilligungsverfahren.
4. Bedürfnis und Situation der überwiegenden Mehrheit von älteren Menschen im Bereich Wohnen ausser halb der stationären Einrichtungen
5. Entwicklung einer Übersicht über alle Tätigkeitsbereiche der Stadtverwaltung, welche den Lebensalltag von älteren Menschen betreffen. Die Übersicht soll eine Basis bilden für die Entwicklung von Strategien in allen tangierten Wirkungsbereichen der Stadtverwaltung.

Begründung:

Die Altersstrategie der Stadt Zürich vom Juni 2012 soll als Planungsinstrument für die nächsten fünf bis zehn Jahre dienen. Das GUD hat hier eine wertvolle Grundlage geschaffen, die auch in andere Bereiche hineinwirken kann. Da die Bedürfnisse von älteren Menschen nicht nur den Tätigkeitsbereich des GUD betreffen, ist es erforderlich, dass auch die übrigen Wirkungsbereiche der Stadtverwaltung in die Betrachtungen der Altersstrategie einbezogen werden.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat Kriterien entwickelt zum Thema „Age-friendly Cities“. Die Schweizerische Gesellschaft für Gerontologie hat einen Fragekatalog zum Thema: „Wie altersfreundlich ist meine Gemeinde?“ aufgestellt. Analog zu diesen beiden Institutionen, könnte die Stadt Zürich auf ihre Bedürfnisse hin, einen Kriterienkatalog entwickeln, der in verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung hineinwirkt.

So gilt es z.B. auch im Baubewilligungsverfahren die Anforderungen von älteren Menschen, die von einer Geh- Seh- oder Hörbehinderung betroffen sind, zu erfüllen. Dies entspricht einerseits der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit und andererseits auch den geltenden rechtlichen Vorschriften, nämlich dem Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) und den kantonalen Bauvorschriften (PBG).

Mitteilung an den Stadtrat

**3413. 2012/483****Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne) vom 12.12.2012: Bau der Wohnsiedlung Herdernareal, Ersatz oder Kompensation der durch die Erweiterung der Bauzone verlorengelassene Grünfläche im Gebiet 1**

Von Gabriele Kisker (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne) ist am 12. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die beim Bau der Wohnsiedlung Herdernareal durch die Erweiterung der Bauzone verlorengelassene Grünfläche im Gebiet 1 (gem. Klimaanalyse) ersetzt oder mit welchen baulichen, freiraumgestalterischen Massnahmen vor Ort diese Reduktion des Grünraums kompensiert werden kann.

Begründung:

Mit der Verdichtung nach Innen nimmt der Grad der Versiegelung zu. Die Verdichtung der Oberfläche durch Bebauung trägt viel zum spezifischen lokalen Klima bei. Gemäss Klimaanalyse liegt die Baubranche in einem stark belasteten Gebiet (Gebiet 1) mit Verdichtungspotential.

Der Wohnungsbau auf dem Herdernareal liegt nach RES in einem Gebiet, das zwischen den Zielen der RES («Verdichtung») und den Empfehlungen der wissenschaftlichen Untersuchung («Neubauten und Verdichtung vermeiden») eine Interessensabwägung erfordert. Diese Interessenabwägung ist im Rahmen der Erarbeitung der Massnahmenvorschläge erfolgt. Sie hat dazu geführt, dass im Gebiet 1 auf die Empfehlung «Neubauten und Verdichtung vermeiden» gem. Klimaanalyse und RES verzichtet wurde und in erster Priorität auf kompensatorische Massnahmen gesetzt wird. Als kompensatorische Massnahmen werden folgende Möglichkeiten aufgeführt:

Grünflächenanteil in thermisch sehr ungünstigen Gebieten erhöhen, Förderung von Baumpflanzungen auf Bauparzellen, verdunstungsaktive Dachbegrünung bei Flachdächern, Fassaden begrünen, Versiegelungs- bzw. Begrünungsgrad für nicht überbaute Flächen festlegen, Schattenzonen schaffen, Grünvolumen festlegen, Berücksichtigung lokalklimatischer Anforderungen in der Bebauungstypologie und Vernetzung mit dem Umfeld.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

**3414. 2012/484****Dringliche Schriftliche Anfrage von Mark Richli (SP), Mirella Wepf (SP) und 31 Mitunterzeichnenden vom 12.12.2012: Brocki-Land AG, Durchsetzung der Preisbekanntgabeverordnung (PVG) durch das Kommissariat Gewerbedelikte**

Von Mark Richli (SP), Mirella Wepf (SP) und 31 Mitunterzeichnenden ist am 12. Dezember 2012 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit 33 Jahren betreibt die Brocki-Land AG in und um Zürich Brockenhäuser, die sich einerseits an Kundinnen und Kunden mit kleinem Budget richten, andererseits eine grosse Zahl an Arbeitsplätzen bieten für Personen, die auf dem freien Arbeitsmarkt kaum eine Chance hätten, eine Anstellung zu finden. Diese Brockenhäuser werden ohne Subventionen betrieben und arbeiten nicht gewinnorientiert (vgl. <http://www.brockiland.ch>).

Das Kommissariat Gewerbedelikte der Stadtpolizei hat im Januar 2012 beim Brocki-Land an der Steinstrasse 68 in Zürich-Wiedikon, dem grössten Brockenhaus in der Stadt, moniert, dass nicht alle Waren mit Preisschildern versehen seien, wie das die Preisbekanntgabeverordnung (PBV) des Bundes vorschreibe. Dass beim Brocki-Land an der Steinstrasse eine Preisliste ausging und an der Kasse auflag, wie dies die PBV als Alternative zu Preisschildern für Betriebe vorsieht, die eine Vielzahl preisgleicher Waren anbietet, hatte das Kommissariat Gewerbedelikte nicht von seiner Rüge abgehalten. – Die Mitarbeitenden des Brockenhauses beklebten in der Folge zusätzlich alle Gestelle mit den geforderten Preisschildern. Bei einer weiteren Kontrolle durch das Kommissariat Gewerbedelikte im November 2012 stellte dieses fest, dass sich vereinzelt andere als die bezeichneten Gegenstände in den Gestellen befanden, etwa Kugelschreiber bei den Büchern oder Gürtel bei der Unterwäsche, was eine weitere Rüge zur Folge hatte.

Der Geschäftsinhaber von Brocki-Land sah keine andere Möglichkeit, als sämtliche Waren zu einem Einheitspreis von Fr. 3.– anzubieten. Danach brach der Umsatz des Hauses komplett ein. 12 von 52 Mitarbeitende erhielten per Ende Januar 2013 die Kündigung. Weitere Kündigungen und eine Schliessung des Hauses auf den frühestmöglichen Zeitpunkt werden unausweichlich sein, wenn keine Einigung mit dem Kommissariat Gewerbedelikte möglich wird, die eine Anwendung der PBV mit Augenmass ermöglicht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat diese Situation?
2. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, damit das Kommissariat Gewerbedelikte bei der Anwendung der PBV Augenmass anwendet und nicht mit überbürokratischem Vorgehen die Schliessung eines privaten sozialen Betriebs riskiert, der absolut willens ist, die Vorgaben der PBV zu erfüllen und 52 schwer vermittelbaren Personen Arbeitsplätze bietet?

Mitteilung an den Stadtrat

### 3415. 2012/485

**Schriftliche Anfrage von Margrit Haller (SVP) und Ruth Anhorn (SVP) vom 12.12.2012:**

**Auswirkungen und Erfahrungen mit der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Massnahmen in Regelklassen**

Von Margrit Haller (SVP) und Ruth Anhorn (SVP) ist am 12. Dezember 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss Volksschulgesetz §33 sind Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Bedürfnissen wenn möglich in den Regelklassen zu unterrichten. Die Integration bringt nicht nur Vorteile mit sich, sondern verursacht im Gegenteil mehr Unruhe in den Schulklassen.

In Bezug auf die Wirksamkeit der aktuellen Handhabung von sonderpädagogischen Massnahmen bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Erfahrungen wurden mit der verstärkten Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Massnahmen in die Regelklassen allgemein gemacht?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die Auswirkungen der Massnahmen in Bezug auf folgende Faktoren:  
Lernerfolg für Schülerinnen und Schüler (mit / ohne Defizit)  
Arbeitsbelastung der Lehrpersonen (mit integrativen Förderunterricht (IF) und ohne IF)  
Zufriedenheit der Lehrpersonen (mit IF und ohne IF)  
Therapierung (mehr / weniger Therapien)  
Klassengrösse (grössere / kleinere Klassen)  
Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler (mit / ohne Defizit)  
Zufriedenheit der Eltern (von Kindern mit / ohne Defizit)
3. Sind durch das neue Modell „Integrativer Förderunterricht“ zusätzliche Kosten entstanden? Wenn ja – worauf sind diese Mehrkosten zurückzuführen?
4. Das IF-Modell führt dazu, dass Lehrpersonen mit heilpädagogischer Ausbildung zum Unterricht hinzugezogen werden müssen.  
Wie viele VZE (Vollzeiteinheiten) stehen für die gesamte Schule noch zur Verfügung und welche Auswirkungen hat dies für die Grösse der Regelklassen?  
Wie wirkt sich der Umstand, dass im Unterricht zusätzliche Lehrpersonen mit heilpädagogischer Ausbildung anwesend sind, in Bezug auf Absprachen zwischen Lehrpersonen, Mehrbelastung und Unruhe im Klassenzimmer aus?  
Wie steht der Stadtrat zur Idee, dass Lehrpersonen noch eine zusätzliche heilpädagogische Ausbildung absolvieren müssen? Würde der Stadtrat diese Idee begrüessen? Wenn ja – wieso? Wenn nein – wieso nicht?
5. In einigen Zürcher Gemeinden wurden nach nicht überzeugenden Erfahrungen mit dem integrativen Modell die Spezialklassen / Kleinklassen wieder eingeführt.  
Wurde diese Möglichkeit für den Stadtrat auch in Betracht gezogen / diskutiert?  
Was sind ihre Überlegungen dazu?  
Welche Vorteile bzw. Nachteile wären für den Stadtrat zu erwarten, wenn das IF-Modell abgeschafft und die Spezialklassen / Kleinklassen wieder eingeführt würden?

6. Wie viele Schüler/-innen werden zurzeit in Privatschulen unterrichtet, weil sie aus disziplinarischen Gründen nicht in der Regelklasse tragbar sind? Wie viel kostet die „Beschulung“ dieser Kinder / Jugendlichen jährlich? Könnte durch das Vorhandensein von Spezial-/Kleinklassen das Versetzen solcher Schüler/-innen in Privatschulen vermieden werden?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

### **3416. 2012/395**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Mark Richli (SP), Mirella Wepf (SP) und 33 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2012:**

**Sanierung des «Hotel Atlantis», Dauer des Baubewilligungsverfahrens sowie Möglichkeiten zur Fortführung der derzeitigen Zwischennutzung für die Studierenden**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1523 vom 28. November 2012).

Nächste Sitzung: Mittwoch 12. Dezember 2012, 17 Uhr.